

## Der alltägliche Missbrauch ist der Skandal

### *Der Dimension der Problematik in der Schule gerecht werden*

**Prof. Dr. Jörg M. Fegert**, Ärztlicher Direktor der Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie/  
Psychotherapie am Universitätsklinikum Ulm

Leiter des Kompetenzzentrums Kinderschutz in der Medizin in Baden-Württemberg (Com.Can).  
Sprecher des Kompetenzzentrums Traumaforschung der Universität Ulm (ZTF)

Kontakt: [joerg.fegert@uniklinik-ulm.de](mailto:joerg.fegert@uniklinik-ulm.de), 0731/ 500- 61600

Interviewanfragen bitte über das Sekretariat: 0731/500-61601; [kjp.sekretariat@uniklinik-ulm.de](mailto:kjp.sekretariat@uniklinik-ulm.de)

Erschütternde und extreme Fälle, wie der „Breisgauer-Fall“, der ab nächste Woche erneut in einer Hauptverhandlung behandelt wird, erschüttern die Öffentlichkeit und zwingen die Politik zum Handeln. Der Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD für die 19. Legislaturperiode zeigt zahlreiche Hinweise darauf, dass er unter dem Eindruck dieses Falls aus Baden-Württemberg entstanden ist. Insofern ist die Skandalisierung von Einzelfällen wichtig für die politische und fachliche Fortentwicklung. Gleichzeitig birgt Skandalisierung aber die Gefahr, dass die alltägliche riesige Dimension von sexuellem Missbrauch, Misshandlung und Vernachlässigung an Kindern und Jugendlichen in dieser Gesellschaft in Vergessenheit gerät.

Etwa ein Drittel aller Erwachsenen geben in aktuellen Repräsentativbefragungen (siehe Factsheet 1) an, in ihrer Kindheit entweder vernachlässigt, misshandelt oder sexuell missbraucht worden zu sein, häufig treten mehrere Misshandlungsformen kombiniert auf. Dies bedeutet, dass in jeder Schule, in jeder Klasse, hilfebedürftige Kinder sind, die in Mitschülerinnen und Mitschülern und vor allem in den Lehrkräften Ansprechpersonen im Nahfeld haben, deren Reaktionen auf ihr Hilfebegehren eine zentrale Weichenstellung darstellen kann. In einer aktuell für den Unabhängigen Beauftragten sexueller Kindesmissbrauch (UBSKM), Herrn Johannes-Wilhelm Rörig, durchgeführten Umfrage des Kompetenzzentrums Kinderschutz in der Medizin in Baden-Württemberg (1.531 Teilnehmende, die persönlich aufgesucht wurden; Erhebungszeitraum 17.11.17 – 06.02.18) betonten 68,2%, dass die Thematik „sexueller Kindesmissbrauch“ in Institutionen/Einrichtungen stärker behandelt werden sollte und dass auch mehr Kampagnen auf das Thema aufmerksam machen sollten (über 60%). Knapp 90% der Eltern mit minderjährigen Kindern gaben an, dass sie es richtig finden, wenn in der Kita oder Schule mit den Kindern über das Thema „sexueller Missbrauch“ altersangemessen gesprochen wird. Direkt ablehnend äußerten sich nur 8,5%. Es zeigten sich keine signifikanten Unterschiede in Bezug auf Religionszugehörigkeit bei der Beantwortung dieser Frage. Das heißt, Schulen können davon ausgehen, dass sie bei einem verstärkten Engagement in der Prävention und Hilfe bei sexuellem Missbrauch dem generellen Interesse der Elternschaft entsprechen. Allerdings gaben 71,6% der

Eltern an, dass sie in Einrichtungen und Organisationen, denen sie ihre Kinder anvertrauen, also Kita, Schule, Jugendclub, Sportverein etc. bislang noch nie Kontakt mit dem Thema „Prävention von sexuellem Missbrauch“ hatten. Nur ein knappes Viertel hat dazu Informationen über Elternabende oder Informationsveranstaltungen erhalten (23,1%).

Die Kampagne „Schule gegen sexuelle Gewalt“ des Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs in Baden-Württemberg kommt deshalb zum richtigen Zeitpunkt und trifft das Elterninteresse, ebenso wie die Schutzinteressen der Kinder.

Frühe Kindheitsbelastungen können langfristige Belastungen und körperliche sowie psychische Langzeitfolgen nach sich ziehen (Factsheet 2). Die Nachhaltigkeitsstrategie der UN, mit einer Roadmap zu einem menschenwürdigen Leben, sieht deshalb im Nachhaltigkeitsziel 16.2 die Beendigung von Gewalt an Kindern, die Beendigung von sexuellem Missbrauch, Ausbeutung und Folter von Kindern vor.

Bei der Prävention von sexuellem Missbrauch, die an den Alltagsorten wie der Schule beginnen muss, befindet sich Schule also im Einklang mit den generellen fundamentalen Zielen der Weltgemeinschaft. Schulen sind aber auch Orte, an denen Kinder Gewalt erfahren, eher seltener durch erwachsene Betreuungspersonen oder Lehrerinnen und Lehrer, sehr viel häufiger durch Mitschülerinnen und Mitschüler. Zu diesen Gewaltformen gehören nicht nur Mobbing, sondern auch sexuelle Übergriffe. Gerade deshalb müssen Schulen auch kompetent sein, um auf sexuelle Grenzverletzungen adäquat reagieren zu können. Der deutliche Anstieg der Kinderpornografie und Phänomene in der digitalen Welt wie Online-Grooming, Sexting etc., haben zu neuen Gefährdungen geführt, die eine schulische Auseinandersetzung mit der Mediennutzung in der digitalen Welt erforderlich machen.

*Zitat Prof. Dr. Fegert: „In Übereinstimmung mit dem Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs, Johannes-Wilhelm Rörig, fordere ich deshalb eine verstärkte Auseinandersetzung in der Schule nicht nur mit Gefahren in den neuen Medien, sondern auch mit den Chancen neuer Medien für den Schutz von Kindern. Viele belastete Kinder suchen auch eine vergleichbar „heile Welt“ z.B. in Computerrollenspielen. Es ist wichtig, solche Wege zu kennen, um mit Kindern ins Gespräch zu kommen. Nur wenn wir Gewalt gegen Kinder allumfassend angehen, können wir entsprechend dem Willen einer ganz großen Mehrheit von Eltern (über 90%) entsprechen, angesichts der riesigen Dimension von sexuellem Missbrauch, Kindesmisshandlung und Vernachlässigung, Schule zu einem Schutzort zu machen, die auch Wege in die Hilfe bahnen kann“.*

Das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg fördert in einem Forschungs- und Entwicklungsprojekt mit der Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie/Psychotherapie am Universitätsklinikum Ulm seit Januar 2018 die Entwicklung eines Online-Kurses „Sexueller Missbrauch und sexuelle Übergriffe – Kinderschutz aus Sicht der Schule“. Dieser Kurs wird sich spezifisch an Lehrkräfte, aber auch an Fachkräfte aus Schulsozialarbeit, Schulpsychologie und Schulverwaltung richten. Ziel des Kurses ist neben der Vermittlung von Wissen zur Thematik auch die Verbesserung der Handlungskompetenzen, um Fachkräfte zu befähigen, in einem konkreten Fall angemessen zu handeln und betroffene Kinder und Jugendliche nachfolgend wirksam unterstützen zu können. Das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport leistet mit dieser zukunftsweisenden Initiative einen sehr wertvollen Beitrag zum Kinderschutz in Baden-Württemberg.